

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Köthen (Anhalt), 30.06.2020

über die 6. Sitzung des Hauptausschusses
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	23.06.2020	Ort :	06366 K ö t h e n (A n h a l t)
Beginn :	18:30	Straße :	Marktstraße 1-3
Ende :	21:10	Raum :	Ratssaal

Anwesende Mitglieder
lt. Teilnehmerliste :

12 (siehe Anhang)

Von der Verwaltung
waren anwesend :

Bernd Hauschild (OB), (OB)
Stephanie Behrendt (DEZ), (Dezernat 3)
Ina Rauer (DEZ), (Dezernat 6)
Jürgen Richter (AL), (Amt 10)
Sabine Pennewitz (AL), (Amt 14)
Dana Rösler-Stautz (AL), (Amt 20)
Markus Kohl (AbtL), (Abteilung 030)
Anja Kahlmeyer (Ltr.), (Ratsbüro)

Außerdem waren
anwesend (Gäste) :

-

Tagungsleitung :

Bernd Hauschild

Schriftführer :

Anja Kahlmeyer

Ausschussvorsitzender

Schriftführerin

Bernd Hauschild

Anja Kahlmeyer

Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Einwohnerfragestunde	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Antrag der SPD-Fraktion: Benennung der gestalteten Grünfläche zwischen Burgstraße und Kleiner Badergasse in "Felix-Friedheim-Platz"	2020045/3
2.5	Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung d. Haushaltsplanentwurfes 2021	2020057/1
2.6	Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung eines Konzeptes zur Umwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen	2020058/1
2.7	Antrag der AfD-Fraktion: Parkkarte für medizinische Berufe	2020054/1
2.8	Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Fahrradzone in der Innenstadt	2020055/1
2.9	Entwidmung einer Teilfläche auf dem Friedhof Maxdorfer Straße in Köthen (Anhalt)	2020023/2
2.10	10. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Köthen (Anhalt)	2020024/2
2.11	40. Änderung des Flächenutzungsplanes der Stadt Köthen (Anhalt)	2020061/2
2.12	Bebauungsplan Nr. 2 „Gewerbegelande Köthen – Ost/östlich Damaschkeweg“ hier: Aufstellungsbeschluss zur 13. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	2020056/2
2.13	Bebauungsplan Nr. 11 „Geuzer Straße“ hier: Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	2020043/2
2.14	Aussetzung der Kita-Beiträge	2020052/2
2.15	Verwendung von Pestiziden in der Stadt Köthen (Anhalt)	2020040/2
2.16	Abweichung vom sachlichen Geltungsbereich der Gestaltungssatzungen	2020020/2
2.17	Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Baumaßnahme zur Sanierung der Kita "Löwenzahn"	2020069/2
2.18	Jahresplan städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2020	2020042/2
2.19	Weisung an den Stimmführer der Stadt Köthen (Anhalt) im Abwasserverband Köthen	2020073/1
2.20	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-

1.1 Einwohnerfragestunde

-

1.2 Feststellen der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung

Der **OB** stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgt ist und der Hauptausschuss mit 12 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

ÖFFENTLICHER TEIL

2.1 Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)

Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 14.04.2020 (öffentlicher Teil) wird bei 3 Enthaltungen bestätigt.

2.2 Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)

Der **OB** informiert, dass vom 26.06. bis 09.07.2020 an 12 Berliner U-Bahn Stationen der Spiegelsaal in Köthen beworben wird. Die Welterberegion will damit den Neustart der touristischen Einrichtungen nach Corona mit gezieltem Marketing unterstützen.

Der **OB** informiert zur Entwicklung der Steuererträge aufgrund der Auswirkungen des Coronavirus:

GEWERBESTEUER:

Stundungsanträge: Bisher wurden insgesamt 32 Stundungsanträge gestellt; der finanzielle Umfang beträgt **insgesamt 99.871,52 €**. Die jeweilige Stundung wird **für** zunächst **3 Monate** ab ursprgl. Steuerfälligkeit **gewährt**.

Herabsetzungsmittelungen: Der Umfang ist weiterhin nicht zu 100% bestimmbar. Es werden jedoch alle Herabsetzungen erfasst, welche nicht im Kontext mit einer Vorjahresveranlagung erfolgen. Bisher konnten hier 50 Herabsetzungen im Gesamtumfang von **607.716,00 €** für Vorauszahlungen 2020 (per 14.05.2020: 447.430,00 €) festgestellt werden. Die Abarbeitung befindet sich auf dem laufenden Stand.

Das **laufende Ergebnis der Gewerbesteuer 2020** weist per heutigen Tag damit einen Stand von **6.075.703,55 €** (Plan 2020: 6.301.200 €) aus. Dies ist, trotz der o.g. Zunahme an Herabsetzungen der Gewerbesteuervorauszahlungen 2020, eine Verbesserung ggü. dem Stand 14.05.2020 von 17.144,91 €. Der Grund liegt hier in mehreren endgültigen Gewerbesteuerveranlagungen - hauptsächlich für das Jahr Steuerjahre 2018, aber auch für 2014 oder auch 2015 - von Firmen, welche insoweit offenbar nicht unmittelbar von den Auswirkungen des Coronavirus betroffen sind und hierzu dementsprechend auch bisher keine Stundungsanträge vorliegen.

GRUNDSTEUER

Hier gingen zwei Anträge mit „Coronabezug“ ein. Vorliegend handelte es um einen Erlass- sowie einen Stundungsantrag. Beide Anträge wurden abgelehnt, da aufgrund der Anhörung keine begründenden Unterlagen eingereicht und damit die Erlass- bzw. Stundungsvoraussetzungen nicht nachgewiesen wurden.

VERGNÜGUNGSSTEUER

Im Bereich der Vergnügungssteuer liegen Anträge von drei Automatenaufstellern vor, welche im finanziellen Umfang von 9.130,66 € positiv bescheiden wurden. Ein Antrag

(3.459,74 €) erledigte sich durch Zahlung.

Der **OB** informiert weiterhin zur Arbeit der Wirtschaftsförderung:

Messen und Veranstaltungen

- Kontaktgespräche (Netzwerkarbeit) mit diversen Projektentwicklungsgesellschaften und Standortvermarktungs-Gesellschaften, welche Adressaten für Logistik- und Produktionsansiedlungen für die Industrie- und Gewerbegebiete der Stadt Köthen (Anhalt) sind.
- Teilnahme an der Haus-Garten-Freizeitmesse (Leipzig) im Rahmen der Standortvermarktung

Beantragung von Fördermitteln:

Beratung und Begleitung der Antragstellung einer digitalen Gewerbeplattform über das Förderprogramm „Demografie - Wandel gestalten“ der Werbegemeinschaften

Gewinnung von Investoren für den Standort Köthen (Anhalt):

Investorengespräche zum Standort „Köthen Ost“ hinsichtlich von drei kleinen Ansiedlungen (1x Handwerk Standorterweiterung, 1x Dienstleistungen, 1x Großhandel Standortverlagerung)

Stärkung der Innenstadt

- Kontaktpflege mit Eigentümern und gemeinsame Suche von Mietinteressenten (laufend)
- Fortschreibung eines Leerstandkatasters (Handel) für ausgewählte Bereiche der Innenstadt (fortlaufend) - Standortexposé für einzelne Objekte erarbeiten (fortlaufend)
- Mitwirkung bei der Organisation der Osteraktion „Nähe schenken und Distanz wahren“ des OB
- Über 25 Unternehmensbesuche während Corona-Pandemie und Beratung (offline und online) zu relevanten Förderungen (Soforthilfe u.a.).

Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt:

Unterstützung bei der Standortsuche für einen Inkubator für Künstliche Intelligenz der HS Anhalt

Veranstaltungsteilnahme

- 1. Digitaltag (bundesweite Online-Veranstaltung 19.06.2020)
- Diverse Veranstaltungen im Rahmen der Corona-Pandemie - zu Fragen der Unterstützung von Unternehmen (Bundes- und Landesebene) und Digitalisierung
- Workshop bei der EWG (Wirtschaftsförderung Landkreis ABI) zu den Möglichkeiten der Projektförderung (Programme Strukturwandel - Strukturstärkungsgesetz - und Unternehmen im Revier)

Statische Daten: Begleitung und laufende Aufarbeitung von standortrelevanten Daten für das Gewerbeflächenentwicklungskonzept und das Stadtentwicklungskonzept

2.3 Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

StR Heeg bemängelt, dass die Vorergebnisse aus den Ausschüssen nicht online sind und fragt, warum einige Anträge der Fraktionen, die nur für den Stadtrat vorgesehen waren, doch im HA vorberaten werden.

Der **OB** erklärt, dass die Anträge künftig, sofern es zeitlich passt, im HA vorberaten werden sollen.

StRn Buchheim ist nicht klar, warum der TOP 2.4 auf der Tagesordnung steht, obwohl der SK beschlossen hat, den Punkt zu vertagen. Der Antragsteller sollte eine Nachbesserung vornehmen. Die Fraktion würde sich nicht unbedingt dem Platz verwehren. Aber sie sieht die Notwendigkeit, etwas mehr zu machen als nur ein Straßenschild aufzustellen. Eine Ergänzung als weitere Köthener Perle wäre eine Möglichkeit, die Würdigung aufzuwerten.

Der **OB** führt aus, dass er kein Problem sieht, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, auch wenn der SK eine Vertagung beschlossen hat. Es ist kein Votum des SK erforderlich. Der Stadtrat kann sich Themen wieder heranziehen.

StR Schönemann fordert eine rechtliche Klärung, ob auch der HA berechtigt ist, Themen an sich zu ziehen, oder nur der Stadtrat.

Herr Kohl erklärt, wenn der HA meint, er wolle eine Vorlage vorberaten, kann er dies auch tun. Der endgültige Beschluss wird erst im Stadtrat gefasst.

StRn Buchheim wäre es wichtig, eine klare Regelung zu finden, um einheitlich mit Anträgen umzugehen.

Die Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird bei 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen bestätigt.

2.4 Antrag der SPD-Fraktion: Benennung der gestalteten Grünfläche zwischen Burgstraße und Kleiner Badergasse in "Felix-Friedheim-Platz"

StR Ziesemeier erläutert seinen Antrag und informiert, dass die Finanzierung des Schildes einschließlich Befestigung (rd. 93 €) über Spenden bereits gesichert ist, um den städtischen Haushalt nicht zu belasten. Zur Frage, ob der Platz würdig ist, führt er aus, dass die Fraktion zusammen mit der Stadtarchivarin genau überlegt hat, warum genau dieser Platz geeignet ist. Deshalb hält er den Antrag aus dem SK für merkwürdig und bittet um konkrete Vorschläge für Änderungen. Für die SPD-Fraktion ist der vorgeschlagene Platz der geeignetste.

StRn Buchheim führt aus, dass für die Fraktion wichtig ist, nicht nur ein Straßenschild aufzustellen, sondern auch visuell auf das Leben und Wirken der Person aufmerksam zu machen und die Verbindung zur in der Nähe befindlichen Synagoge herzustellen. Die Köthener Perlen erfüllen genau diese Funktion um damit ein einheitliches Bild zu erzeugen.

StR Ziesemeier versteht nicht, warum der Änderungsantrag notwendig ist. Wir können doch dem Platz erst einmal einen Namen geben und anschließend kann die Linke-Fraktion einen Antrag stellen, um ein Hinweisschild zu fordern.

StR Schulte Varendorf kann die Ablehnung nicht nachvollziehen. Bzgl. des Schaukastens wäre er bereit sich einzubringen und dies über reine Sponsorgelder zu realisieren. Er hält den Platz für geeignet und unterstützt den Antrag so wie er steht.

StR Schönemann ist der Meinung, hier müsse die Balance gefunden werden zwischen einem Platz, der derzeit aus einer Grünfläche besteht und der historischen Bedeutung des Platzes. Es geht nicht um den historischen Konsens, sondern um die Darstellung eines Ehrenbürgers. Der Antrag ist für ihn dahingehend nicht substanzhaltig genug. Der Umfang und die Darstellung würde aus seiner Sicht nicht würdig genug sein für einen Ehrenbürger einer Grünfläche.

StRn Buchheim stellt den Antrag, den Beschlussentwurf wie folgt zu ergänzen:
Der Stadtrat beschließt, die gestaltete Grünfläche zwischen Burgstraße und Kleine Badergasse in Felix-Friedheim-Platz zu benennen und diese Benennung durch das Anbringen eines entsprechenden Schildes **und einer Schautafel/ Köthener Perlen** auf dem Platz kenntlich zu machen. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten zu ermitteln sowie eine Spendenaktion durchzuführen.**

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:
9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen

2.5 Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2021

StR Ziesemeier erklärt, dass es wichtig sei, gerade in diesem Corona-Jahr, zeitig in die Haushaltsberatungen zu gehen.

StRn Buchheim führt aus, dass aus Ihrer Sicht der Antrag mit Lesen der Stellungnahme, dass der Haushalt im September vorgelegt wird, erledigt ist und keine Abstimmung notwendig ist. Man hätte das über eine Anfrage regeln können.

Der Antragsteller zieht den Antrag nicht zurück.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

2.6 Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung eines Konzeptes zur Umwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen

StR Ziesemeier führt aus, dass sich der Antrag auf das Gutachten der KAB bezieht.

StRn Zerrenner fragt, ob wir ausreichend Beamte haben, um diese Stellen auszufüllen.

Der **OB** antwortet, dass diese Fragen in dem Konzept beantwortet werden.

StRn Buchheim hatte sich das Schreiben der KAB geben lassen und dort wird der Verwaltung eine Frist bis 30.06.2020 gesetzt. Sie fragt, ob es dazu schon eine Antwort gibt.

Der **OB** antwortet mit nein.

StRn Buchheim ist der Meinung es sind noch viele Punkte zu klären in diesem Zusammenhang. Aus ihrer Sicht ist es fraglich, ob der Beschluss so gefasst werden sollte, wo die Verwaltung gerade mit anderen Problemen zu kämpfen hat und fragt, ob das machbar ist. Sie würde der Verwaltung gern mehr Zeit geben und für die Fraktionen das Antwortschreiben an die KAB einfordern, wenn es vorliegt.

Herr Richter antwortet, dass eine Verschiebung nicht nötig ist, da die Verwaltung mit dem Konzept weit fortgeschritten ist und es im September vorgelegt werden kann.

Für **StR Schulte Varendorf** ist der Antrag genauso überflüssig, wie der vorige. Er lehnt ihn deshalb ab.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 8 Enthaltungen

2.7 Antrag der AfD-Fraktion: Parkkarte für medizinische Berufe

StRn Zerrenner erklärt die Intension des Antrages. Sie möchte, dass die Pflegedienste ihrer Arbeit nachgehen können ohne auf die Uhr zu sehen.

Der **OB** erklärt, dass der Landkreis dafür zuständig ist.

StRn Zerrenner zieht den Antrag zurück.

2.8 Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Fahrradzone in der Innenstadt

StRn Zerrenner führt aus, dass sie mit dem Antrag erreichen möchte, dass alte Menschen,

die nicht mehr so gut zu Fuß sind, ihre Wege per Fahrrad zurücklegen können.

StRn Buchheim lehnt den Antrag ab und fragt gleichzeitig, wie der Stand zum Beitritt „fahrradfreundliche Kommune“ ist.

Der **OB** erklärt, dass der Beitritt erfolgt ist.

Frau Rauer ergänzt, dass dazu im BSU informiert wurde.

StR Greiner hält das Zulassen von Radfahrern in der Innenstadt für gefährlich. Für ihn ist das nur umsetzbar, wenn dafür extra Fahrradwege ausgewiesen werden.

Frau Rauer führt aus, dass die Innenstadt den Fußgängern vorbehalten sein soll. Sie soll Aufenthaltsqualität bieten.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

2.9 Entwidmung einer Teilfläche auf dem Friedhof Maxdorfer Straße in Köthen (Anhalt)

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

2.10 10. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Köthen (Anhalt)

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

2.11 40. Änderung des Flächenutzungsplanes der Stadt Köthen (Anhalt) 2020061/2

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen

2.12 Bebauungsplan Nr. 2 „Gewerbegebiet Köthen - Ost/östlich Damaschkeweg“ hier: Aufstellungsbeschluss zur 13. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen

2.13 Bebauungsplan Nr. 11 „Geuzer Straße“, hier: Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

StR Müller erinnert daran, dass darüber im Jahr 2014 schon einmal abgestimmt wurde. Damals wurde festgelegt, dass dort Räumungsarbeiten stattfinden sollen, die Gräben erneuert werden sollen und das Gebiet zu einem Naherholungsgebiet gemacht werden. Er habe gefragt, ob dort wieder gebaut werden soll, da hat Frau Rauer geantwortet, es wird nicht wieder bebaut, es werde ein Biotop. Dafür stehe ich noch immer.

Der **OB** antwortet, dass es zu diesem Gebiet einen B-Plan gibt und der B-Plan sagt aus: Bebauung.

Frau Rauer führt aus, dass es einen B-Plan gibt, der dort eine Wohnbebauung festlegt. Um diese Eingriffe aufgrund der Bebauung auszugleichen wurden Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt. Im ersten Bauabschnitt gibt es einen Erschließungsvertrag mit der SALEG. Dieser wurde umgesetzt. Zum damaligen Zeitpunkt hatten weder wir noch die SALEG Zugriff auf die Grundstücke, die erforderlich gewesen wären, um den zweiten Bauabschnitt umzusetzen. Es stand aber nie in Rede, eine Ausgleichsfläche oder Erholungsfläche daraus zu machen. Es war nur klar, dass zu dem damaligen Zeitpunkt die Bebauung nicht erfolgen konnte, weil wir physisch keinen Zugriff auf die Grundstücke bekommen haben. Das ist jetzt der Fall und deshalb soll die Bebauung jetzt erfolgen.

StR Müller bittet darum, sich das Protokoll vorzunehmen. Dort steht, dass Bänke aufgestellt werden soll und die Fläche der Naherholung dienen soll.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

2.14 Aussetzung der Kita-Beiträge

Der **OB** macht auf den eingegangenen Änderungsantrag von Herrn Ziesemeier aufmerksam und fragt, ob ihn alle per E-Mail erhalten haben. Dies wurde bejaht.

Änderungsantrag StR Ziesemeier (per E-Mail):

Satz 1 des Beschlussentwurfes bleibt bestehen und wird um folgenden zweiten Satz ergänzt:

Für alle Kinder, die im Monat Mai in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege betreut worden sind (Notbetreuung), werden die Elternbeiträge pauschal um 50% gemindert.

Begründung: Im Monat Mai wurde eine Notbetreuung angeboten, bei der die Kinder von Eltern in systemrelevanten Berufen in Betreuungseinrichtungen betreut werden konnten. Dieses Betreuungsangebot wurde von den Eltern sehr verantwortungsbewusst wahrgenommen, indem auch andere Betreuungsmöglichkeiten genutzt worden sind und ein erheblich geringerer Betreuungsumfang in den Betreuungseinrichtungen in Anspruch genommen wurde. Unabhängig vom tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsumfang muss dennoch der volle Elternbeitrag für den Monat Mai entrichtet werden. Hierin sehen wir eine ungerechte Belastung derer, die mit großem Verantwortungsbewusstsein und Entgegenkommen zum reibungslosen Ablauf der Betreuung der Kinder in dieser besonderen Situation beigetragen haben. Dies sollte bei der Erhebung der Gebühren für die Notbetreuung und aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung durch eine unbürokratische Lösung berücksichtigt werden.

Der **OB** spricht sich gegen den Antrag aus. Nach der Sommerpause soll der Stadtrat über den Monat März und die Aussetzung der Elternbeiträge sprechen. Zu diesem Zeitpunkt kann noch einmal über den Inhalt des Änderungsantrages gesprochen werden. Jetzt geht es darum, dass wir den Antrag beim Land stellen können und wir Geld erhalten.

StRn Buchheim erinnert an den Beschluss des SK, dass bis zum HA ein Zahlenwerk zum Thema vorliegen sollte. Es liegt aber nichts vor. Wir müssen und über März unterhalten, müssen aber wissen, über welches Zahlenwerk wir reden. Die Corona-Pandemie hat Löcher in den Haushalt gerissen. Es gibt zwar Zusagen vom Bund, dass die Löcher ausgeglichen werden sollen, aber das ist noch nicht beschlossen. Sie macht auf eine Lösung aus Gardelegen aufmerksam, die sie gern mal herumschickt. Dort haben Eltern, die wenig Notbetreuung in Anspruch genommen haben, aber trotzdem den vollen Beitrag zahlen mussten, einen Gutschein über 30 € erhalten, die in den Gaststätten der Stadt eingelöst werden können. Sie könne sich etwas Ähnliches für Köthen vorstellen.

Der **OB** erklärt zur Kritik, dass keine Zahlen vorliegen, dass die Aufstellung kompliziert ist, da auch die freien Träger berücksichtigt werden müssen. Auch zum Stadtrat können noch keine Zahlen vorgelegt werden. Erst nach der Sommerpause ist dies möglich. Er hält das aber für unschädlich für den heutigen Beschluss.

StR Ziesemeier zieht den Antrag zurück unter der Prämisse, dass er ihn wieder einbringt, wenn es um die Diskussion des Monats März geht.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

2.15 Verwendung von Pestiziden in der Stadt Köthen (Anhalt)

Der **OB** schlägt vor, dass die Erarbeitung des Konzeptes dem neuen Umweltamtsleiter überlassen und dem Stadtrat vorgelegt werden soll.

Frau Rauer führt aus, dass in der Vorlage steht, welche Ausnahmen wir nutzen möchten und erläutert dies nochmal. Sie verweist auf eine derzeit angewandte mechanische Methode auf einer Fläche von 200 m² mit Riesenbärenklau, die 8.000 € kostet. Alle Alternativen zu den chemischen Mitteln sind kostenaufwendig, personalintensiv und zeitaufwendig. Wenn der Stadtrat das will, was durchaus legitim ist, müssen wir Technik beschaffen und ausreichend Personal zur Verfügung haben. Wir würden gern das nächste Jahr dazu nutzen, ein Konzept, auch mit dem Stadtrat, zu erarbeiten.

StRn Buchheim wirbt dafür, es bei dem gefassten Beschluss vor mehr als einem Jahr zu belassen. Zu den mechanischen Möglichkeiten hat sie sich im Amtsblatt geäußert. Die Kommunen sollten hier Vorbild sein.

StR Greiner fragt, warum erst jetzt ein Konzept erstellt werden soll. Wenn wir den Beschluss heute fassen, fehlt der Druck und er hätte das Gefühl, dass die Erstellung des Konzeptes dann auch wieder im Sande verläuft.

Weiterhin fragt er (*per E-Mail zur Verfügung gestellt*)

Der Umweltamtsleiter war am 9. und 10. September 2019 zur 2. Fachtagung „**Die pestizidfreie Kommune**“ abgestellt, liegt ein „Ergebnisprotokoll“ oder irgendein anderer Bericht dazu vor? (wenn nicht, warum wurde das nicht eingefordert?)

In welchem Rhythmus werden bekannte Standorte von **Riesen-Bärenklau** (*Heracleum mantegazzianum*) aus den vergangenen Jahren kontrolliert?

Ist der Stadt die Erfassungsmöglichkeit von **Riesen-Bärenklau**-Standorte per *kostenloser* App „**Korina**“ bekannt? Wenn ja, warum wird sie nicht eingesetzt bzw. warum gibt es keine aktuellen Fundpunkte im Atlas?

Frau Rauer weist noch einmal darauf hin, dass Überschrift und Begründung des damaligen Beschlusses nicht kongruent sind. Geschrieben wurde Pestizide und die Begründung bezog sich auf Glyphosat. Die Verwaltung hat bisher nicht die Zeit gehabt das Konzept zu erarbeiten. Wir haben auch nicht die Zeit die Wälder nach Riesenbärenklau zu durchforsten. Wir haben auch bisher nicht die Möglichkeit gehabt, den Aufwand zu ermitteln, der erforderlich ist, um diesen Beschluss umzusetzen. Wir reden über Technik und über mehr Personal.

StRn Buchheim erklärt, dass es wichtig ist, was mit dem Beschlusstext beschlossen ist.

Der **OB** macht darauf aufmerksam, dass zu Pestiziden auch die Biozide gehören. Biozide sind Mittel zur Bekämpfung von schädlichen Organismen und zum Schutz der menschlichen Gesundheit oder Materialien. Deshalb die Bitte, folgen Sie dem Beschlussvorschlag bis

2021, bis wir das mit dem Konzept neu definieren können.

StR Ziesemeier ist die Vorlage zu pauschal. Es müssen konkrete Ausnahmen definiert werden.

StR Schulte Varendorf versteht nicht, dass für die konkret genannten extremen Ausnahmen, wie dem Riesenbärenklau, möglicherweise auch zeitlich befristet, keine Mittel zugelassen werden sollen. Zu Kosten, Gesundheit und Schutz steht das nicht im Verhältnis.

StRn Buchheim erklärt, dass alles mechanisch bekämpft werden kann, wenn zeitig reagiert wird. Jeder chemische Wirkstoff hat viele Nebenwirkungen, das ist für die Fraktion entscheidend.

Frau Rauer ist der Meinung, dass alle Ausnahmen kleinteilig dargestellt sind und bittet um Zustimmung.

Der **OB** stellt den Änderungsantrag, den Beschlussentwurf um eine Befristung bis 31.12.2021 zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

2.16 Abweichung vom sachlichen Geltungsbereich der Gestaltungssatzungen

StR Schönemann fragt, welche Zeitschiene sich die Verwaltung für die Umsetzung gesetzt hat. Ist jetzt die Dringlichkeit gegeben, dass wir diese Satzung in der Form vor Beendigung der Erarbeitung der Satzung durchziehen.

Frau Rauer erklärt, dass der Beschluss im Interesse der Bürger ist. Wir wollen z.B. Photovoltaikanlagen zulassen. Mit der eigentlichen Satzung sind wir aus Krankheitsgründen nicht so weit wie wir wollen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

2.17 Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Baumaßnahme zur Sanierung der Kita "Löwenzahn"

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

2.18 Jahresplan städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2020

Der **OB** erklärt, dass eine Übertragung der Mittel in 2021 aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich ist.

StRn Buchheim versteht nicht, warum das in dieser Sondersituation nicht möglich ist. Die Mittel wurden ständig abgeschmolzen. Es wäre ein positives Signal auch vor dem Hintergrund der 30-jährigen Partnerschaft in diesem Jahr.

Der **OB** schlägt vor, in der Haushaltsdiskussion für 2021 mehr Mittel auf der Haushaltsstelle einzuplanen. Der **OB** zieht die Vorlage zurück. Sollten im verbleibenden Jahr 2020 noch Mittel für Maßnahmen im Rahmen der Städtepartnerschaft beantragt werden, legt die Verwaltung jeweils eine Beschlussvorlage zur Abstimmung im SK/HA vor.

StRn Buchheim beauftragt die Verwaltung, von vornherein 5.000 € mehr im Haushalt 2021

einzuplanen.

StR Ziesemeier schlägt vor, am 3. Oktober ein Fest zu 30 Jahren Städtepartnerschaft auszurichten und die Städte Lüneburg und Langenfeld dazu einzuladen.

Der **OB** möchte nicht mit der Verwaltung feiern, wenn Vereine ihre Veranstaltungen nicht durchführen können. Er würde lieber die Kitas unterstützen.

2.19 Weisung an den Stimmführer der Stadt Köthen (Anhalt) im Abwasserverband Köthen

StR Müller ist die Vorlage zu unausgegoren. Aus seiner Sicht müssten mehr Details festgelegt werden und nennt einige Beispiele.

Der **OB** fragt, warum er dies nicht alles zugearbeitet habe.

StRn Buchheim informiert, dass es zwischenzeitlich einen Erlass dazu gibt. Sie sieht hier Handlungsbedarf. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Stimmführer und sein Vertreter fehlen. In dem Erlass wird empfohlen, mehrere Stellvertreter für den Verhinderungsfall in einer festgelegten Reihenfolge namentlich zu bestimmen. Alles Weitere soll in der Verbandssatzung geregelt werden und u.U. in der Hauptsatzung. Sie bittet dies zu prüfen.

Herr Kohl teilt mit, dass nach seiner Auslegung in dem Erlass die Rede davon ist, dass Regelungen in der Verbandssatzung getroffen werden können, müssen aber nicht. Die Vorlage ist mit der KAB abgestimmt, die unsere Regelungen für angemessen hält.

StRn Zerrenner fragt, ob es dort nicht eine Art Beschlussfähigkeit geben muss. Beim letzten Umlaufbeschluss haben sich nur 50 % der Köthener Vertreter beteiligt. Aus ihrer Sicht sollte so etwas auch geregelt werden.

Der **OB** bittet darum, dies als Änderungsantrag schriftlich vorzulegen.

Frau Rauer erklärt, dass in der Verbandssatzung von der „Mehrheit der satzungsmäßigen Mitglieder“ gesprochen wird, woher diese kommen, ist egal. Wir würden mit einer solchen Änderung eine Regelung treffen, die der Verbandssatzung widerspricht.

StR Schönemann möchte wissen, ob es Sanktionsmaßnahmen gibt, für Stimmführer, die sich trotz Aufforderung nicht an die festgelegten Vorgaben hält? Gibt es disziplinarische Konsequenzen?

Der **OB** informiert, dass dies unter Punkt 9 des Erlasses steht. Solch ein Verhalten wäre rechtswidrig und hätte interne Auswirkungen, die das Verbandsmitglied festlegen kann/muss (z.B. eine Abberufung). Das Stimmverhalten nach außen wird nicht berührt.

StRn Zerrenner hält es für sinnvoll, wenn der Vorsitzende der Verbandsversammlung regelmäßig im Stadtrat berichtet.

Der **OB** schlägt vor, die Vorlage zurückzuziehen und in einer Fraktionsvorsitzendenrunde zu beraten.

StR Müller ist dafür, die Vorlage zurückzuziehen.

Der **OB** zieht die Vorlage zurück.

2.20 Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)

StR Schönemann gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten unter TOP 2.4 ab. Seine Meinung betreffe ausschließlich die Wahrnehmung der Ehrung eines Ehrenbürgers in der Öffentlichkeit, nicht die Sache an sich.

StRn Zerrenner fragt bzgl. der Ausschreibung des Umweltamtsleiters, ob das auch für den Bauhofsleiter gilt.

Der **OB** antwortet, dass darüber im nichtöffentlichen Teil informiert wird.

StRn Buchheim hat dem Protokoll zur Kleingartenkonzeption entnommen, dass die Bestandsaufnahme abgeschlossen ist, dass derzeit eine Statistik über die bestehenden Flächen erarbeitet und eine Bewertung vorgenommen wird und das das Ergebnis der AG vorgestellt wird. Die Vertreter der Fraktionen wurden vor der Kommunalwahl entsendet. Das Mitglied der Linken gehört nicht mehr zur Fraktion. Haben seitdem Zusammenkünfte stattgefunden? Ihres Erachtens müsste hier eine Neubesetzung erfolgen.

Frau Rauer sagt zu, vor der nächsten Sitzung die Teilnahme der Fraktionen abfragen.

StR Ziesemeier fragt zur fahrradfreundlichen Kommune, ob ein Vertreter der Stadt bereits an Sitzungen teilgenommen hat.

Frau Rauer erklärt, dass die Teilnahme an Sitzungen über die Abteilung Stadtentwicklung abgesichert werden soll.

Der **OB** ergänzt, dass die Stadt Köthen bisher noch an keiner Sitzung teilgenommen hat.

Ende öffentlicher Teil: 20:28 Uhr